

Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme.

Streiflichter auf die Geschichte
Europas im 20. Jahrhundert

Eine Ausstellung,
präsentiert
vom Institut für Zeit-
geschichte, Deutsch-
landradio Kultur und
der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

D I K T A T
U R U N D
E M O K R A
T I E I M Z
E I T A L T
E R D E R E
X T R E M E

Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts

Am 11. November 1918 brach in Deutschland die Revolution aus. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Könige in Bayern, Sachsen, Preußen und Baden abgesetzt. Am 18. Januar 1919 wurde der Reichstag in Weimar eröffnet. Die Weimarer Republik wurde geboren. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



1

Der Beginn eines neuen Zeitalters

Am 1. Januar 1918 wurde die Republik von Weimar gegründet. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



2

Revolutionärer Umbruch in Deutschland

Am 11. November 1918 brach in Deutschland die Revolution aus. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Könige in Bayern, Sachsen, Preußen und Baden abgesetzt. Am 18. Januar 1919 wurde der Reichstag in Weimar eröffnet. Die Weimarer Republik wurde geboren. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



3

Die zerbrechliche Friedensordnung

Am 11. November 1918 brach in Deutschland die Revolution aus. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Könige in Bayern, Sachsen, Preußen und Baden abgesetzt. Am 18. Januar 1919 wurde der Reichstag in Weimar eröffnet. Die Weimarer Republik wurde geboren. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



4

Demokratie auf dem Rückzug

Am 11. November 1918 brach in Deutschland die Revolution aus. In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Könige in Bayern, Sachsen, Preußen und Baden abgesetzt. Am 18. Januar 1919 wurde der Reichstag in Weimar eröffnet. Die Weimarer Republik wurde geboren. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



5

Stalinistische Sowjetunion


Am 7. November 1917 wurde die Sowjetunion gegründet. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



6

Faschismus in Italien

Am 22. April 1922 wurde Benito Mussolini zum Diktator in Italien ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



7

Herausforderung Weltwirtschaftskrise

Am 1. September 1929 brach die Weltwirtschaftskrise aus. Sie sollte nur vier Jahre lang existieren. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



8

Das Scheitern der deutschen Demokratie

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



9

Die Nationalsozialisten an der Macht

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar 1933 wurde der Reichstag in Brand gesetzt. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz verabschiedet. Am 30. Juni 1934 wurde die „Nacht der langen Messer“ durchgeführt. Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



10

Kurs auf einen neuen Krieg

Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



11

Der Zweite Weltkrieg

Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



12

Vernichtungskrieg im Osten

Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



13

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden

Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



14

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Am 1. September 1939 wurde der Zweite Weltkrieg ausgerufen. Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



15

Kriegsende und Neuordnung

Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland besetzt. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



16

Demokratie im Westen, Diktatur im Osten

Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



17

Kalter Krieg in der geteilten Welt

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



18

Aufstände im Ostblock

Am 17. Juni 1953 wurde in Ostberlin ein Aufstand gegen die DDR-Mehrparteiendemokratie ausgetragen. Am 19. August 1956 wurde in Ungarn ein Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft ausgetragen. Am 17. November 1956 wurde in Polen ein Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft ausgetragen. Am 1. September 1968 wurde in der Tschechoslowakei ein Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft ausgetragen. Am 17. Juni 1988 wurde in der Sowjetunion ein Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft ausgetragen. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



19

Ökonomischer Systemwettbewerb

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



20

Liberalisierungsprozesse in Westeuropa

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



21

Entspannungspolitik

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



22

Friedliche Revolutionen

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



23

Umbruch, Aufbruch, Neuanfang

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



24

Europa als Herausforderung

Am 1. September 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin abgebaut. Am 3. Oktober 1990 wurde die deutsche Wiedervereinigung vollzogen.



25

Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts

Am 28. Juni 1914 wurde der Thronfolger Österreich-Ungarns in Sarajewo erschossen. Das Attentat löste eine diplomatische Eskalation und militärische Eigendynamik aus. Deutschland, das zur Weltmacht aufsteigen wollte, trug dafür eine hohe und mitentscheidende Verantwortung. Dies war der Beginn des Ersten Weltkriegs, in dem Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien sowie das Osmanische Reich gegen fast alle Staaten Europas und später auch die USA kämpften. Die europäische Arbeiterbewegung, die zuvor noch vor dem drohenden Krieg gewarnt hatte, konnte das Geschehen nicht maßgeblich beeinflussen.

Deutschland strebte nach der Vorherrschaft in Kontinentaleuropa und plante vor allem im Osten umfangreiche Annexionen. Aber auch die anderen europäischen Großmächte verbanden mit dem Krieg imperiale Machtinteressen. Als die Westfront

bereits 1914 in einem Stellungskrieg erstarrte, der zur menschenmordenden Materialschlacht wurde, folgte auf die anfängliche Kriegsbegeisterung Ernüchterung auf allen Seiten. 1916 starben allein in der Verdun- und Somme-Offensive über eineinhalb Millionen Menschen. Der Erste Weltkrieg war der erste industrielle Krieg in Europa, in dem Menschen mit Maschinengewehren, Panzern, Flugzeugen und U-Booten, mit Flammenwerfern und Giftgas massenhaft vernichtet wurden. Rund neun Millionen Soldaten verloren ihr Leben. Noch nie hatte bis dahin ein Krieg in Europa so viele zivile Opfer gefordert: Ihre Zahl wird auf sechs Millionen geschätzt. Die Gewalterfahrung des Krieges sollte die Menschen nachhaltig prägen und sich als schwere Belastung für das Nachkriegseuropa erweisen.



Deutsche Infanterie auf dem Weg in die Schützengrabenstellungen bei Verdun Anfang 1916. Die Schlacht dauerte vom 21. Februar bis 20. Dezember 1916 und wurde aufgrund der monatelangen brutalen Kämpfe zum Symbol für die tragische Ergebnislosigkeit des Stellungskriegs.

Foto: picture-alliance / ZB

Der Beginn eines neuen Zeitalters

Im April 1917 traten die USA in den Krieg ein, nachdem Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im Atlantik wieder aufgenommen hatte. Dieser hatte bereits 1915 das Leben von US-Bürgern gefordert. Die schier unerschöpflichen Ressourcen der USA sollten für die Westmächte kriegsentscheidend werden. US-Präsident Woodrow Wilson rechtfertigte den Krieg als ideologische Entscheidungsschlacht für Demokratie und Freiheit. Nachdem der Zar gestürzt worden war, schien sich ab März 1917 auch Russland diesem Freiheitskampf anzuschließen. Doch schon im November wurde die liberale Übergangsregierung von den kommunistischen Bolschewiki in einem Staatsstreich entmachteter. Trotz sofort eingeleiteter, weitreichender sozialer Reformen und des Versprechens auf einen raschen Friedensschluss sprach sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung im November 1917

nur ein Viertel der Wähler für die Bolschewiki aus. Diese lösten daraufhin die Nationalversammlung auf und errichteten unter Lenins Führung eine kommunistische Diktatur. Nun entbrannte ein vierjähriger blutiger Bürgerkrieg, den die Bolschewiki trotz Intervention der Westmächte für sich entscheiden konnten. Ihre Hoffnung jedoch, der Funke der Revolution würde in den Westen überspringen, sollte sich trotz erster Anzeichen nicht erfüllen.

Das Erscheinen der USA auf der politischen Bühne Europas und die zur Oktoberrevolution erklärte Machtübernahme der Kommunisten in Russland wurden zum epochalen Einschnitt, der den späteren Systemgegensatz im Kalten Krieg bereits im Keim in sich trug.



Lenin spricht auf dem Swerdlow-Platz in Moskau zu Rotarmisten vor deren Abmarsch an die Bürgerkriegsfront. Rechts von der Tribüne steht Leo Trotzki, der später auf Anweisung von Stalin aus dem Foto herausretuschiert wurde.

Foto, 1920: bpk

Revolutionärer Umbruch in Deutschland

Im Sommer 1918 war die Niederlage Deutschlands unausweichlich. Daran hatte auch der Frieden mit Russland im März nichts geändert. Um die Friedensbedingungen zu verbessern, betrieb die Militärführung den Übergang zur parlamentarischen Monarchie. Als die Kriegsmarine im Oktober noch einmal auslaufen sollte, meuterten die Matrosen. Das war das Signal zur Revolution, die am 9. November Berlin erreichte. Noch am selben Tag wurde die Republik ausgerufen, Wilhelm II. musste abdanken. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert wurde Reichskanzler. So unterzeichneten am 11. November nicht jene den Waffenstillstand, die den Krieg verantwortet und geführt hatten, sondern die Demokraten. Die Sozialdemokratie hatte sich im Streit über den Krieg entzweit. Die SPD setzte sich 1918 für die parlamentarische

Demokratie ein und erteilte der Räterediktatur, die die am 1. Januar 1919 gegründete KPD forderte, eine Absage. Im Februar trat die verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar zusammen. Der Tagungsort gab der ersten deutschen Demokratie ihren Namen. Von Beginn an wurde sie heftig attackiert: Die sozialdemokratisch geführte Regierung setzte das Militär gegen linksradikale Putschversuche und Massenstreiks ein. In dessen Windschatten probten rechtsradikale Kampfverbände die Konterrevolution. Ihnen galt die unverhohlene Sympathie der Nationalisten und Konservativen, die der Verfassung die Stimme verweigert hatten. Als es im März 1920 zum reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsch kam, konnten sich die Demokraten nur mit Mühe behaupten.



Die Revolution erreicht Berlin. Matrosen und Ziviliisten demonstrieren am 9. November 1918 auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor.

Foto: picture-alliance / ZB

Die zerbrechliche Friedensordnung



Die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland am 28. Juni 1919 im Schloss von Versailles.

Foto: picture-alliance/ Everett Collection

In Europa herrschte seit November 1918 Waffenstillstand. Doch die vertragliche Ausgestaltung des Friedens sollte bis August 1920 dauern. Die in verschiedenen Pariser Vororten unterzeichneten Verträge veränderten die europäische Landkarte. Nach 123 Jahren erlangte Polen wieder die ersehnte nationale Unabhängigkeit; die baltischen Republiken, die Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden als neue Staaten anerkannt. Demgegenüber wurde die Habsburgermonarchie aufgelöst, Ungarn verlor ein Drittel seines Territoriums. Das Osmanische Reich wurde zerschlagen. Deutschland musste nach dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 seine Kolonien und knapp ein Fünftel des Staatsgebiets abtreten. Sein Heer wurde auf 100 000 Berufssoldaten beschränkt. Zudem wurden dem Reich hohe Reparationszahlungen auferlegt, war ihm und seinen Verbündeten doch die alleinige Kriegs-

schuld zugesprochen worden. Der harte Friedensschluss sorgte in den unterlegenen Ländern, allen voran in Deutschland, für Empörung. Die Parteien der Weimarer Demokratie, die als Konkursverwalter des Kaiserreichs den Vertrag unterzeichnen mussten, wurden als „Novemberverbrecher“ und „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags ging die Anerkennung der Satzung des Völkerbundes einher. Doch die 1920 gegründete Organisation, der Deutschland 1926 beitrug, erfüllte ihre friedensstiftende Funktion nicht. Weder konnten die europäische Großmachtspolitik verhindert noch die ethnischen Konflikte in den neu entstandenen Nationalitätenstaaten gelöst werden.

Demokratie auf dem Rückzug



Marschall Józef Piłsudski (l.) und General Gustaw Orlicz-Dreszer vor dem Treffen mit dem polnischen Präsidenten Stanisław Wojciechowski auf der Poniatowski-Brücke in Warschau während des Maiputsches (12. bis 15. Mai 1926).

Foto: picture-alliance/ PAP

In der Folge des Ersten Weltkriegs stieg nicht nur die Zahl der Staaten in Europa. Der Krieg schien auch der Demokratie zum Durchbruch verholfen zu haben, waren doch die meisten dieser Staaten zunächst demokratisch verfasst. Doch die jungen Demokratien litten nicht nur unter der Nachkriegsnot, sondern auch an einem Mangel an Demokratieerfahrung und schwachen demokratischen Institutionen. Dies beförderte die Minderheitenkonflikte vor allem in Ostmittel- und Südosteuropa. Diskriminierung gehörte zum Alltag. In der Tschechoslowakei waren über ein Fünftel der Einwohner Deutsche. In Polen bildeten Ukrainer, Deutsche und polnische Juden starke Bevölkerungsanteile. Aufgrund der politischen Instabilität gelangte Marschall Józef Piłsudski 1926 mit einem Militärputsch an die Macht. In Jugoslawien hatten die Konflikte zwischen orthodoxen Serben

und katholischen Kroaten eine solche Sprengkraft, dass König Alexander I. eine vom Militär gestützte Diktatur errichtete, nachdem ein serbischer Abgeordneter drei kroatische Mandatsträger erschossen hatte. In Ungarn bildete Miklós Horthy nach der blutigen Niederschlagung der Rätediktatur unter Béla Kun ein autoritäres Regime, das die Privilegien des Adels und Großgrundbesitzes wahrte und das Wahlrecht stark einschränkte. Zugleich grassierte dort der Antisemitismus. Die Gebietsverluste, die Ungarn durch den Vertrag von Trianon zu akzeptieren hatte, wurden zum nationalen Trauma stilisiert. Auch in den wieder entstandenen baltischen Staaten sollte die Demokratie nicht von Dauer sein. So wurden Litauen ab 1926, Estland und Lettland ab 1934 autoritär regiert.

Stalinistische Sowjetunion



Entwurf für einen Sowjetpalast, für den die Erlöserkirche in Moskau abgerissen wurde. Die in den 1930er Jahren aufgenommenen Arbeiten wurden 1957 von Chruschtschow eingestellt.

Zeichnung: picture-alliance/ akg-images

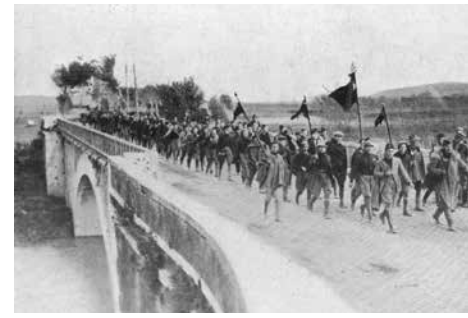
Nach dem Sieg im russischen Bürgerkrieg versuchten die Bolschewiki, die zerstörte Volkswirtschaft wiederzubeleben. 1921/22 kostete eine Hungersnot rund fünf Millionen Menschen das Leben. Um die Macht der Partei zu sichern, erlaubte Lenin zeitweilig privatwirtschaftliche Anreize. Stalin, der nach Lenins Tod 1924 schrittweise seine Alleinherrschaft durchsetzte, verkündete den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Gleichzeitig dirigierte er über die Kommunistische Internationale die kommunistischen Parteien in aller Welt. Deren Politik war seit Mitte der 1920er Jahre Moskau untergeordnet. Mit diktatorischer Gewalt und einem Zwangsarbeiterheer betrieb Stalin die Industrialisierung des rückständigen Agrarlands. Im Zuge der Zwangskollektivierung wurden ab 1929 vor allem Kulaken (Bauern) verschleppt und in das

beständig wachsende Lagersystem, den späteren Archipel Gulag, verbracht. Die Folgen nahm Stalin billigend in Kauf: Etwa sechs Millionen Menschen starben während der Hungerkatastrophe 1932/33. Ab Herbst 1936 entfesselte Stalin den „Großen Terror“. Er umfasste „ethnische Säuberungen“ und richtete sich im Besonderen gegen die eigene Partei und die sowjetischen Eliten, die ebenso willkürlich wie gnadenlos verfolgt wurden. Mit Ideologie und Terror sollten der „neue Mensch“ geschaffen und der Übergang zu Sozialismus und schließlich Kommunismus erzwungen werden. Die russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL geht davon aus, dass bis Stalins Tod 1953 mindestens fünf Millionen Menschen aus politischen Gründen verhaftet und über sechs Millionen deportiert worden sind.

Faschismus in Italien

Eigentlich zählte Italien zu den Gewinnern des Ersten Weltkriegs. Doch die Nationalisten empörten sich über einen „verstümmelten Sieg“. Zwar waren Italien große Landstriche nördlich und nordöstlich des parlamentarisch regierten Königreichs zugesprochen worden. Doch war man 1915 mit weitreichenderen Zielen in den Krieg eingetreten. Die ersten Nachkriegsjahre waren von sozialen Unruhen, von Streiks, Fabrikbesetzungen und Landnahmen geprägt. Das Bürgertum fürchtete das Schreckgespenst des Bolschewismus, gegen das die faschistische Bewegung zum Kreuzzug aufrief. Die brutalen Übergriffe ihrer paramilitärischen Verbände, gegen die die Regierung nicht einschritt, kosteten Tausenden von Sozialisten das Leben. Im Oktober 1922 inszenierte der Faschistenführer Benito Mussolini einen „Marsch auf Rom“. Angesichts dieser Drohkulisse berief der italienische König den

„Duce“ zum Ministerpräsidenten. Mussolini bildete zunächst eine Koalitionsregierung, die von den alten Eliten aus Militär, Wirtschaft und Bürokratie Unterstützung erhielt. 1925 erfolgte dann der Übergang zu einer offenen Diktatur. Diese gründete auf dem Machtmonopol der faschistischen Partei, der Abschaffung der Gewaltenteilung, der permanenten Massenmobilisierung und der Ausschaltung der politischen Gegner durch die faschistische Geheimpolizei. Im Gegensatz zur Herrschaft des NS-Systems war die Macht Mussolinis allerdings durch die Autorität des Königs und der Katholischen Kirche sowie die Unabhängigkeit des Militärs beschränkt.



Faschistische „Schwarzhemden“ überqueren am 28. Oktober 1922 bei ihrem „Marsch auf Rom“ die unweit der italienischen Hauptstadt gelegene Ponte Salario.

Foto: picture-alliance/Mary Evans Picture Library

Herausforderung Weltwirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929 ereignete sich in New York der folgenreichste Börsenkrach der Geschichte. Der „Schwarze Donnerstag“ markierte den Beginn der Weltwirtschaftskrise. Banken wurden zahlungsunfähig, US-Kredite überstürzt aus Europa abgezogen. In den Industrieländern brach die Wirtschaft ein und binnen weniger Jahre stieg die Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 25 Prozent. Das war das Ende der Goldenen Zwanziger, ein auf Pump finanzierter Nachkriegsaufschwung. In fast allen Teilen Europas kam es zu politischer Instabilität und Radikalisierung. In dieser Situation bewiesen die parlamentarischen Demokratien in Großbritannien und Frankreich Stärke. In Großbritannien litten vor allem die alten Industrieregionen unter der Krise, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf nahezu drei Millionen. Mit Hungermärschen trugen die Menschen ihren Protest auf die Straßen. Doch

trotz aller innenpolitischer und ökonomischer Konflikte blieben die politischen Lager und die Sozialpartner in der Krise kooperationsfähig. Der Verzicht der Regierung auf einen radikalen Sozialabbau dämmte Radikalisierungstendenzen ein. Im stark agrarisch geprägten Frankreich wirkte sich die Krise weniger hart aus. Aber auch hier wurden bald eine Million Arbeitslose gezählt. Rechtsextreme Ligen forderten die Republik heraus. Die von der Volksfrontregierung 1936 durchgeführten sozialen Reformen führten zwar kurzfristig zu einer politischen Befriedung unter der Arbeiterschaft. Im bürgerlichen Lager aber entwickelten sie eine politische Sprengkraft, die schließlich zum Scheitern der Volksfront führte. Erst unter der bürgerlichen Regierung Daladier stabilisierte sich 1938 die Dritte Republik wieder.



Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 in den USA: Schließung der Banken und der Börse in New York am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929.

Foto: bpk

Das Scheitern der deutschen Demokratie

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre schien Deutschland auf einem guten Weg. Hatten 1923 noch Hyperinflation sowie linke und rechte Aufstandsversuche das Land erschüttert, suggerierten die Jahre 1924 bis 1928 eine Rückkehr zur Normalität. Doch als Ende des Jahrzehnts die Weltwirtschaftskrise Europa erreichte, waren die Schwächen der deutschen Demokratie offensichtlich. Der bürgerliche Liberalismus war erodiert, die Konservativen brachten der Republik keine Loyalität entgegen und die große Mehrheit der Arbeitgeber heizte die sozialen Konflikte immer mehr an. Am 27. März 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung unter einer von der SPD geführten großen Koalition. An ihre Stelle traten Präsidialsystem und Notverordnungsregime. Das bis 1933 auf

über sechs Millionen anschwellende Heer der Arbeitslosen und die von der SPD tolerierte radikale Deflations- und Sparpolitik der Regierung Brüning (Zentrum) bescherten Kommunisten und Nationalsozialisten großen Zulauf. Nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 hatten die NSDAP (37,4%) und die KPD (14,5%) eine antidemokratische Mehrheit im Parlament. Die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung. Hitler provozierte diese Zustände und präsentierte sich zugleich als Retter vor der drohenden „roten Gefahr“. Seine Strategie ging am 30. Januar 1933 auf. Reichspräsident Hindenburg ernannte ihn zum Reichskanzler.



Reichstagswahl in Berlin am 31. Juli 1932. Wahlhelfer mit den Plakaten ihrer Parteien.

Foto: bpk

Die Nationalsozialisten an der Macht



Adolf Hitler begründet am 23. März 1933 vor dem Reichstag in der Krolloper das Ermächtigungsgesetz. Die Entmachtung des Parlaments brauchte eine Zweidrittelmehrheit. Einzig die SPD stimmte mit Nein. Ihr Vorsitzender Otto Wels rief den Nationalsozialisten entgegen: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“

Foto: bpk

Die Erwartung der Konservativen, Hitler durch die Übernahme von Regierungsverantwortung zu zähmen, erfüllte sich nicht. Der rasante Aufbau der totalitären Diktatur vollzog sich bereits 1933. Nach dem Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar machten Polizei und SA Jagd auf die politische Opposition; die KPD wurde zerschlagen. Allein 1933 wurden mehr als 100 000 Menschen verhaftet und häufig in die neu errichteten Konzentrationslager verbracht. Aus den nur noch begrenzt freien Wahlen vom 5. März ging die NSDAP zwar gestärkt, aber ohne eigene Mehrheit hervor (43,9%). Dennoch gelang den braunen Machthabern die rasche „Gleichschaltung der Länder“ und die Eroberung der Rathäuser. Gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem sich der Reichstag am 23. März selbst entmachtete, stimmte nur die

SPD. Die Abgeordneten der bereits zuvor verbotenen KPD konnten ihr Mandat nicht mehr ausüben. Nachdem die SPD am 22. Juni ebenfalls verboten wurde, lösten sich die bürgerlichen Parteien selbst auf. Zuvor waren die Gewerkschaften zerschlagen und am 10. Mai die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet worden, die mit bald rund 25 Millionen Mitgliedern größte NS-Massenorganisation. Nach dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934 übernahm Hitler auch das Reichspräsidentenamt. Im „Röhm-Putsch“ entledigte er sich durch politisch motivierten Mord seiner innerparteilichen Gegner und ließ die Reichswehr auf sich vereidigen. Damit war der „Führerstaat“ gefestigt, der kaum noch Widerstand zuließ.

Kurs auf einen neuen Krieg



Deutsche Truppen ziehen unter Verletzung des Versailler und des Locarno-Vertrags am 7. März 1936 über die Rheinbrücke in Mainz ein. Zivilisten grüßen sie mit dem Hitlergruß.

Foto: picture-alliance / akg-images

Von Beginn an wollte Hitler das Versailler Vertragssystem überwinden und im Osten einen Eroberungskrieg um neuen „Lebensraum“ führen. 1934 trat das Deutsche Reich aus dem Völkerbund aus und führte 1935 unter Bruch des Versailler Vertrags die allgemeine Wehrpflicht ein. Ein Jahr später rückte die Reichswehr unter Verletzung internationaler Verträge in das entmilitarisierte Rheinland vor. Paris und London reagierten auf diese Entwicklung nur mit schwachem Protest – für Hitler eine Ermutigung. Als General Franco 1936 in Spanien gegen die demokratisch gewählte Regierung putschte, hielten sich nur die Demokratien an die vereinbarte Nichteinmischungspolitik. Hitler und Mussolini schlugen sich im Spanischen Bürgerkrieg dagegen offen auf die Seite der Faschisten und begründeten dabei die „Achse Berlin–Rom“. Auch auf den „Anschluss“ Österreichs im März 1938 reagierte die westliche Staatenwelt nur ver-

halten. Appeasement (Beschwichtigung) lautete die Devise. Als die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens im Münchner Abkommen vom September 1938 die Einverleibung des Sudetengebiets in das Deutsche Reich gestatteten und damit die Tschechoslowakei fallen ließen, glaubten sie den Frieden in Europa gerettet zu haben. Die Sowjetunion sah sich isoliert und suchte das Bündnis mit dem ideologischen Erzfeind. Auf den 23. August 1939 ist der Hitler-Stalin-Pakt datiert, mit dem Berlin und Moskau die gemeinsame Auslöschung Polens und der baltischen Staaten besiegelten. Die Annäherung der Diktatoren ebnete den Weg in den Krieg.

Der Zweite Weltkrieg



Beim Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 reißen Wehrmachtssoldaten einen Schlagbaum an der Grenze nieder. Drei Tage später erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Foto: BArch, Bild 183-51909-0003/Hans Sönke

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Als Reaktion erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Wie zuvor vereinbart, besetzte die Sowjetunion zunächst Ostpolen und dann das Baltikum. 1940 besetzte die Wehrmacht Dänemark und Norwegen, überrannte Frankreich und marschierte am 14. Juni 1940 in Paris ein. Am 22. Juni streckte Frankreich die Waffen und musste die Zweiteilung des Landes hinnehmen. Der nordwestliche Teil Frankreichs unterstand dem deutschen Militärbefehlshaber. In der unbesetzten Zone regierte die Vichy-Regierung unter Marschall Philippe Pétain in deutscher Abhängigkeit, bis deutsche Truppen 1942 auch hier einmarschierten. Die für die Besatzungspolitik geltenden Völkerrechtsregeln wurden schon bald verletzt, wie etwa bei

Geislerschießungen infolge von Attentaten des französischen Widerstands. Die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland führte zu einer Radikalisierung der Partisanen- und Widerstandsbewegung. 20 000 Franzosen verloren in der Résistance ihr Leben. Ende 1941 erreichte der Krieg seine globale Ausdehnung, nachdem Japan am 7. Dezember mit der Bombardierung Pearl Harbors die USA angegriffen hatte. Wenige Tage später übermittelten Berlin und Rom, die mit Tokio 1940 den Dreimächtepakt geschlossen hatten, ihre Kriegserklärung nach Washington. Deutsche Truppen kämpften seit 1941 in Nordafrika und rückten nach dem Überfall auf die Sowjetunion zunächst scheinbar unaufhaltsam nach Osten vor. Auch auf dem pazifischen Kriegsschauplatz schien der japanische Vormarsch kaum zu stoppen zu sein.

Vernichtungskrieg im Osten

Schon der deutsche Polenfeldzug 1939 hatte Züge eines rassenideologischen Vernichtungskriegs. Zunächst der Gewaltpolitik Hitlers wie Stalins ausgeliefert, verloren über sechs Millionen Polen während der deutschen Besatzung ihr Leben. Die Hälfte waren Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zielte von Beginn an auf die Eroberung neuen Lebensraumes für die deutsche „Herrenrasse“ und die wirtschaftliche Ausbeutung der ostmitteleuropäischen „Untermenschen“ durch Zwangsarbeit. 27 Millionen Tote, darunter 18 Millionen Zivilisten, sollte die Sowjetunion zählen, bis sie den Angriff nicht nur zurückschlagen, sondern im Frühjahr 1945 bis Berlin vorrücken konnte. Der Hunger war eine der schärfsten Waffen im deutschen Vernichtungskrieg. Mehr als drei Millio-

nen sowjetische Soldaten starben in deutschen Kriegsgefangenenlagern an Unterernährung. Fast eine Million Menschen gaben die Deutschen allein bei der 900-tägigen Blockade Leningrads dem Hungertod preis. Daneben wurden nicht nur Politkommissare der Roten Armee bei der Gefangennahme standrechtlich erschossen, sondern auch ungezählte Zivilisten im Rahmen von Vergeltungsaktionen. Als der Krieg im Osten nach der Schlacht um Stalingrad verloren war, praktizierte die deutsche Wehrmacht beim Rückzug eine Politik der „verbrannten Erde“. Die Niederschlagung des Warschauer Aufstands und die Zerstörung der Stadt durch SS und Wehrmacht im August 1944 – welche die Rote Armee geschehen ließ – wurden zum mörderischen Endpunkt des Vernichtungskriegs im Osten.



Das Foto des sowjetischen Kriegsphotografen Jewgeni Chaldej zeigt eine alte Frau in der niedergebrannten sowjetischen Stadt Murmansk. Nachdem es der deutschen Wehrmacht nicht gelungen war, die Stadt und ihren eisfreien Hafen einzunehmen, war Murmansk nach Stalingrad das Ziel der schwersten deutschen Luftangriffe in der Sowjetunion.

Foto: picture-alliance/ZB

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden

Seit Hitlers Machtübernahme waren Antisemitismus und Rassismus Staatsdoktrin. Deutsche Juden wurden mit Berufsverboten belegt, als Geschäftsinhaber mit Boykottaufrufen drangsaliert und öffentlich geschmäht. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 weiteten die Entrechtung aus. Am 9. November 1938 schlug die Judenfeindlichkeit in eine erste Gewaltorgie um. Während der Novemberpogrome steckten SS- und SA-Angehörige Synagogen in Brand, plünderten Geschäfte und Wohnungen. Zehntausende Juden wurden in KZs verschleppt und misshandelt, viele Hundert getötet. Kurz darauf forcierte die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ die „Zwangsarisierung“ jüdischen Eigentums. Etwa 250 000 jüdischen Deutschen gelang in den 1930er Jahren die Emigration. Doch 190 000 wollten oder konnten ihre Heimat bis Ende 1939 nicht verlassen. Mit der Besetzung Polens be-

gann der Holocaust als europäisches Geschehen. Polnische Juden wurden in Ghettos zusammengetrieben, Tausende willkürlich erschossen. Der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion markierte den Auftakt zum systematischen Völkermord. Während Einsatzgruppen der Polizei und der SS mit Unterstützung der Wehrmacht mit der Ermordung von Hunderttausenden Juden begannen, bereitete die SS den industriellen Massenmord vor. Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 wurde der Staatsapparat offiziell in die „Endlösung der Judenfrage“ eingebunden. In den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor, Treblinka sowie in Auschwitz-Birkenau wurde das beispiellose Mordprogramm umgesetzt. Mindestens sechs Millionen europäische Juden wurden ermordet.



Haupttor des Lagers Auschwitz-Birkenau. Aufnahme nach 1945. In Auschwitz-Birkenau wurden eine Million Juden, mindestens 70 000 Polen, 21 000 Sinti und Roma und 15 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Foto: bpk

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

In Deutschland leisteten nur wenige Widerstand gegen das NS-Regime. Der von Sozialdemokraten und Kommunisten erhoffte Arbeiteraufstand gegen Hitler blieb aus. Bald waren ihre 1933 gebildeten illegalen Gruppen zerschlagen. Hitlers Erfolge brachten ihm die fast ungeteilte Zustimmung der „deutschen Volksgemeinschaft“. Neuer Widerstand formierte sich erst mit dem drohenden Krieg. Eine Offiziersverschwörung, die Hitlers Kriegsvorbereitung 1938 stoppen wollte, scheiterte nach dessen Triumph auf der Münchner Konferenz. Durch Zufall entging der Diktator am 8. November 1939 dem Bombenanschlag von Georg Elser. Vergebens warnte die „Rote Kapelle“ Moskau vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Im Reich blieben die Widerständigen isoliert. Anders in den von Deutschland besetzten Ländern: Zwar gehör-

te auch dort Kollaboration zum Alltag; fast überall entwickelte sich jedoch eine Widerstandsbewegung, die die Besatzer mit zivilem Ungehorsam und bald mit Waffen herausforderte. Der Widerstand der Dänen und der Holländer gegen die Deportation ihrer jüdischen Landsleute, die Partisanen in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland oder der Sowjetunion, der Widerstand in der ČSR, vor allem aber der Kampf der polnischen Heimatarmee und der Bewohner des Warschauer Ghettos wurden Teil der europäischen Freiheitsgeschichte. Dazu zählt auch das gescheiterte Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944, das den Krieg hätte beenden können. Es bedurfte des Bündnisses so ungleicher Partner wie der Sowjetunion im Osten und den USA und Großbritannien im Westen, um das nationalsozialistische Deutschland von außen niederzuringen.



Das am 8. 11. 2011 in Berlin enthüllte Denkmal für Georg Elser. Weil Hitler am 8. 11. 1939 den Münchner Bürgerbräukeller vorzeitig verlässt, entgeht er einer von Elser dort gelegten Bombe. Der Tischler wollte mit dem Anschlag eine weitere Eskalation des Kriegs verhindern. 1945 wurde er im KZ Dachau hingerichtet.

Foto: picture-alliance/dpa/Sebastian Kahnert

Kriegsende und Neuordnung



Häftlinge des KZ Dachau begrüßen ihre Befreier, nachdem die US-Armee am 29. April 1945 bis Dachau vorgerückt war.

Foto: bpk

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Deutschland. 45 Millionen Tote in Europa lautete seine Schreckensbilanz. Ab 15. August ruhten auch im Pazifik die Waffen, nachdem die USA Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zerstört hatten. In dem in vier Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt. Ihr Ziel war die dauerhafte Sicherheit vor Deutschland, das durch Demilitarisierung und Dezentralisierung sowie durch die Denazifizierung und Demokratisierung seiner Bevölkerung erreicht werden sollte. Hatten die Alliierten bereits im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta das Nachkriegs Europa in Einflussphären aufgeteilt und weite Teile Ostmitteleuropas der Sowjetunion zugesprochen, vereinbarten sie auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945, in Ostmitteleuropa einheitliche Nationalstaaten zu

schaffen. Das nördliche Ostpreußen wurde Teil der Sowjetunion, während Polen mit einem Federstrich nach Westen bis an die Flüsse Oder und Neiße verschoben wurde. Das Potsdamer Abkommen sah die „Überführung“ der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ vor. Für die 12,5 Millionen Deutschen, die ab 1944 von Evakuierung, Flucht und schließlich Vertreibung betroffen waren, sah die Realität anders aus. Als bald traten machtpolitische und ideologische Differenzen zwischen dem demokratisch verfassten Westen und der kommunistischen Sowjetunion zutage. Die beginnende Ost-West-Konfrontation förderte die Integration Westeuropas, die ab den 1950er Jahren auch die westdeutsche Bundesrepublik einschloss.

Demokratie im Westen, Diktatur im Osten



Sowjetischer Personenkult: Um eine überlebensgroße Statue von Stalin haben die Sängerinnen und Sänger des Stalin-Lenin-Chors bei einer Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution Aufstellung genommen, die im November 1947 in Moskau gefeiert wurde.

Foto: picture-alliance/ZB/Jewgeni Chaldej

1947 wurde die Kluft zwischen dem Westen und der Sowjetunion unübersehbar. US-Präsident Truman sicherte allen „freien Völkern“ im Kampf gegen den „Totalitarismus“ Unterstützung zu. Zugleich kündigte Washington den Marshallplan an, der den Wiederaufbau in Europa fördern sollte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg zogen sich die USA nicht aus Europa zurück. Hatte Stalin bis dahin in Ostmitteleuropa noch Ansätze politischer Vielfalt aufrechterhalten, erfolgte ab 1948 die Sowjetisierung seines Herrschaftsbereichs. Die kommunistische Parteierrschaft und die Planwirtschaft wurden rigoros durchgesetzt, jeder Anschein von Opposition und nicht zuletzt die Kirchen verfolgt. Bewaffneter Widerstand, der nach 1945 im Baltikum, in Polen, Rumänien und in der Ukraine aufflackerte, wurde brutal niedergeschlagen. Schauprozesse schufen eine

Atmosphäre permanenten Terrors. In Europa hatte sich ein Eiserner Vorhang gesenkt, der nicht nur den Kontinent, sondern auch Deutschland und Berlin teilte. Die beiden deutschen Teilstaaten wurden seit ihrer Gründung 1949 in das jeweilige politische und ökonomische System integriert. Während die DDR von Anfang an eine Diktatur war, legitimierte sich die Bundesrepublik in freien Wahlen. Es entstand, wie fast überall in Westeuropa, eine parlamentarische Demokratie, die durch den Wirtschaftsaufschwung und den Aufbau des Sozialsystems immer breitere Zustimmung fand. Anders als in der Zwischenkriegszeit verlagerte sich die politische Auseinandersetzung von der Straße ins Parlament, in dem die politischen Lager koalitionsfähig wurden.

Kalter Krieg in der geteilten Welt



US-Atombombentest in Nevada, 1953. In den 1950er Jahren begann der atomare Rüstungswettlauf der Supermächte.

Foto: picture-alliance/akg-images

Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe und zog mit den USA als Nuklearmacht gleich. Es war der Beginn einer Rüstungsspirale, die dem Kalten Krieg zwischen Ost und West eine neue Dimension verlieh. Mit dem Ausbruch des Koreakriegs im Sommer 1950 drohte der Ost-West-Konflikt erstmals in einen heißen Krieg umzuschlagen. In der Folge entschlossen sich die Westmächte zu einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands, die 1955 im Rahmen der NATO erfolgte. Die DDR trat 1956 dem Warschauer Pakt bei. Deutschland war ein Brennpunkt des Kalten Kriegs geworden. Mit dem Schlagwort der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus signalisierte Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow 1956 die Anerkennung des Status quo. Dennoch versuchte auch er, die

Westmächte aus dem geteilten Berlin zu verdrängen. Als die DDR durch den Flüchtlingsstrom über West-Berlin auszubluten drohte, entschied Moskau auf Drängen der SED, das letzte Schlupfloch in den freien Westen abzuriegeln. Der Mauerbau vom 13. August 1961 rettete die SED-Diktatur und zementierte die deutsche Teilung. Doch kaum war ein Konfliktherd des Kalten Kriegs auf Kosten der Ostdeutschen befriedet, brachte die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba im Oktober 1962 die Welt an den Abgrund eines Atomkriegs. In der Folgezeit reifte in beiden Blöcken die Erkenntnis, dass nur die wechselseitige Anerkennung des Status quo, begleitet von einem Entspannungsprozess, ein nukleares Inferno verhindern würde.

Aufstände im Ostblock

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 rechnete Chruschtschow mit Stalins Verbrechen ab. Kurzzeitig keimte Hoffnung auf einen Wandel des Kommunismus. In Polen brachten im Herbst 1956 Massendemonstrationen Władysław Gomułka an die Macht. Er beendete die Zwangskollektivierung, öffnete der Kirche Freiräume und dämmte die Staatssicherheit ein. Während in Polen die führende Rolle der Partei unangetastet blieb, kam es zeitgleich in Ungarn zu einer bürgerlich-demokratischen Revolution, in deren Verlauf der Reformkommunist Imre Nagy als Ministerpräsident einer Mehrparteienregierung Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte. Moskaus Antwort war die militärische Intervention. In der DDR, in der schon am 17. Juni 1953 ein Volksaufstand von sowjetischen Panzern niedergeschlagen worden war, nutzte Walter Ulbricht die

Stunde, um mit seinen Kritikern abzurechnen. Er stand auch auf Seiten des Kremls, als Panzer des Warschauer Paktes 1968 in der ČSSR den „Prager Frühling“ niederwalzten. Ab Mitte der 1970er Jahre entwickelte sich in Polen eine immer machtvollere Opposition, die 1980 die Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność erkämpfte, die bald zehn Millionen Mitglieder zählte. Unter dem Druck Moskaus verhängte Ministerpräsident General Wojciech Jaruzelski Ende 1981 das Kriegsrecht und verbot die Gewerkschaft. Auch wenn im Zuge der Entstalinisierung nach und nach die offene Gewalt und die Atmosphäre des Terrors in den kommunistischen Diktaturen endete, wurden tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle bis zuletzt verfolgt, zersetzt und inhaftiert.



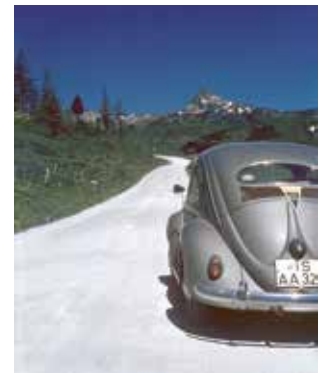
Am 24. Oktober 1956, einen Tag nach Beginn des Ungarn-Aufstands, stürzten aufgebrachte Bürger vor dem Ungarischen Nationaltheater die Statue des verhassten Diktators Stalin.

Foto: picture-alliance/associated press/Arpad Hazafi

Ökonomischer Systemwettbewerb

„You’ve never had it so good!“ Was der britische Premier Harold Macmillan seinen Landsleuten 1957 ins Stammbuch schrieb, galt für weite Teile Westeuropas. Das „Wirtschaftswunder“ sorgte seit den 1950er Jahren für wachsenden Wohlstand, Vollbeschäftigung und steigende Löhne. Konsumgesellschaft und Sozialstaat wurden zu Stabilitätsankern nicht nur der westdeutschen Demokratie. Beide politische Lager warben um Zustimmung, indem sie bessere Lebensverhältnisse versprachen. Doch im Ostblock blieben Versorgungskrisen allgegenwärtig. „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, hieß das letztlich unerfüllte Zukunftsversprechen. Trotz aller Defizite gab das sowjetische Wirtschaftssystem noch lange gleichermaßen Anlass für Erwartungen und Befürchtungen. Als die UdSSR 1957 den ersten Satelliten in den Weltraum schoss, war der

Westen angesichts des technischen und militärischen Potenzials Moskaus geschockt. Während in den 1970er Jahren die Ölkrise das Ende des unbegrenzten Wachstums markierte und im Westen die Arbeitslosenzahlen anstiegen, sorgten die hoch entwickelten Sozialsysteme für gesellschaftliche Stabilität. Im Ostblock hatte am Vorabend der globalen Wirtschaftskrise ein fataler Kurswechsel stattgefunden. Immer mehr Ressourcen landeten im Wohnungsbau und im Konsum. Die sozialen Errungenschaften, mit denen um die Zustimmung der Bevölkerung gebuhlt wurde, waren mit westlichen Krediten finanziert. Die wachsende Überschuldung und eine immer marodere Wirtschaft verschärften die ökonomische Situation, die die kommunistischen Regime in den 1980er Jahren in den Abgrund führte.



Mit dem eigenen Auto nach Italien. Nicht nur für den Fahrer des VW-Käfers ging es seit Ende der 1950er Jahre merklich aufwärts.

Foto: picture-alliance/Marc Suski

Liberalisierungsprozesse in Westeuropa

Den wachsenden Wohlstand im Westen begleitete ein weitreichender gesellschaftlicher und kultureller Wandel. Der Wunsch nach individueller Freiheit und Selbstentfaltung wurde lauter. Mit Rock’n’Roll, langen Haaren und Jeanshosen forderte die Nachkriegsjugend die alten Autoritäten heraus. Im Verlauf der 1960er Jahre politisierte sich die Jugendbewegung. 1968 gingen vielerorts Studierende auf die Straße, in Frankreich und Italien zeitweilig zusammen mit den Arbeitern. Der Protest richtete sich gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam und gegen verkrustete Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Viele Demonstranten träumten von der großen Revolte. In der Bundesrepublik begann man, intensiver als je zuvor, nach der NS-Vergangenheit zu fragen. Das Establishment reagierte auf die

Demonstrationen geschockt und zunächst mit Polizeigewalt. Eine radikalisierte linke Minderheit sah einen neuen Faschismus aufziehen. In Italien und Westdeutschland gingen in den 1970er Jahren kleine Gruppen in den Untergrund, um „das System“ mit Terror zu überwinden. Letztlich gelang es den politischen Systemen des Westens, die aufbegehrende Jugend zu integrieren. Der kulturelle Wandel des Westens machte am Eisernen Vorhang nicht halt. Zudem hatten die jungen Mittel- und Osteuropäer mit dem Prager Frühling ihr eigenes „1968“. Den politischen Regimen im Osten fehlte jedoch die Kraft, um die immer individualistischere und selbstbewusstere Jugend in das System einzubinden. Dadurch vertiefte sich dort die Kluft zwischen den Herrschenden und den Beherrschten beständig.



Provokation von Mitgliedern des Sozialistischen Hochschulbundes bei der Übergabe des Rektorenamtes an der Universität Hamburg am 9. November 1967. Die Studentenbewegung der 1960er Jahre stellte die alten Autoritäten infrage und forderte vehement Reformen ein.

Foto: picture-alliance/dpa

Entspannungspolitik



Bundeskanzler Helmut Schmidt im Gespräch mit SED-Chef Erich Honecker (l.) am Rande der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 30. Juli 1975.

Foto: Bundesregierung / Reineke

Nach der Kubakrise 1962 setzten die USA und die UdSSR auf Entspannung. Auch in der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung, dass die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen lösbar sei. Die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Gewaltverzichtsverträgen mit der UdSSR und Polen durch die Regierung Brandt und das Berliner Viermächte-Abkommen bereiteten den 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag vor. Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Sprachlosigkeit regelten die beiden deutschen Staaten mit diesem Vertrag ihr Nebeneinander. Ost-Berlin revanchierte sich für die De-facto-Anerkennung mit Erleichterungen beim innerdeutschen Reiseverkehr sowie bei Familienzusammenführungen. In dem Maß, in dem Bonn auf „Wandel durch Annäherung“ setzte, sah Ost-Berlin eine „Aggression auf Filzlätschen“ und rückte vom bis dahin proklamierten Ziel der deut-

lichen Einheit ab. 1975 erreichte die Entspannungspolitik in Europa mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki ihren Höhepunkt. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich zu vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich, zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und einer engeren Kooperation. In den Ostblockstaaten nahmen mutige Menschen die Akte beim Wort und forderten die zugesagten Freiheitsrechte ein. Ein erstes unüberhörbares Signal setzte zwei Jahre später die Charta 77 in der Tschechoslowakei. Deren Initiatoren, allen voran Václav Havel, führten 1989 die Samtene Revolution gegen das Regime an. So beförderte der KSZE-Prozess, mit dem die kommunistischen Regime den Status quo festschreiben wollten, letztlich deren Untergang.

Friedliche Revolutionen



Ein historischer Moment: Österreichs Außenminister Alois Mock (l.) und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn durchtrennten am 27. Juni 1989 symbolisch den Eisernen Vorhang.

Foto: picture-alliance/dpa

Die 1970er und 1980er Jahre waren von einem Trend zur Demokratie geprägt, der zunächst die autoritären Regime Portugals, Spaniens und Griechenlands erfasste, am Eisernen Vorhang dann jedoch haltzumachen schien. Anfang der 1980er Jahre sorgten ein neuer Rüstungswettlauf und der sowjetische Afghanistankrieg für Verhärtungen zwischen den Blöcken und innerhalb des kommunistischen Machtbereichs. Ab 1986 versuchte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, den Systemzusammenbruch mit Reformen zu verhindern. Bei den Regierenden in der DDR und ČSSR stießen Glasnost und Perestroika auf Ablehnung. Währenddessen ermöglichten sie in Polen die Wiederzulassung der Solidarność und den Sieg der Opposition in den ersten halbfreien Wahlen im August 1989. In Ungarn ebneten kommunistische Reformer, getrieben von der Opposition, den Weg

in die Demokratie. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im September, mit der der „Eiserne Vorhang“ fiel, verschärfte die finale Krise der DDR, in der die Massenflucht und immer mächtigere Demonstrationen die SED-Führung im Herbst in die Knie zwangen. Der Mauerfall vom 9. November 1989 wurde zum Symbol der friedlichen Revolutionen gegen die kommunistischen Diktaturen in Europa, die in Rumänien und im Baltikum von Gewalt überschattet wurden. Tragisch verlief der Zerfall Jugoslawiens, der in einen blutigen Bürgerkrieg mündete. Im August 1991 versuchten kommunistische Putschisten in Moskau, die Uhr zurückzudrehen. Sie scheiterten am Widerstand der Bevölkerung, die im Dezember das Ende der UdSSR feierte.

Umbruch, Aufbruch, Neuanfang



Sitzung des Europäischen Parlaments im Januar 2007 in Straßburg.

Foto: Bundesregierung / Kühler

Die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa ebneten den Weg zur Überwindung der europäischen Teilung. Bereits am 3. Oktober 1990 war Deutschlands Einheit im Einvernehmen mit seinen Nachbarn wiederhergestellt. Bald folgten Schritte hin zu einer europäischen Integration. Der Vereinbarung über eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion folgte 1992 der Vertrag von Maastricht, aufgrund dessen sich die Europäischen Gemeinschaften mittels einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Kooperation im Bereich Justiz und Inneres zu einer Europäischen Union entwickelten. Als Symbol für das Zusammenwachsen wurde ab 2002 der Euro als einheitliches Zahlungsmittel in zunächst zwölf europäischen Staaten eingeführt. In den 1990er Jahren drängten die postkommunistischen Staaten auf einen raschen Beitritt zur EU. Diese Forderung entsprach in jenen Ländern einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Menschen erhofften sich davon eine Teilhabe sowohl an der europäischen Kultur der Freiheit und Demokratie als auch am westlichen Wohlstand. Darüber hinaus galten die Anforderungen für den EU-Beitritt vielen als unverzichtbarer Reformmotor, damit die demokratische Transformation der eigenen Länder nicht ins Stocken geriete. Schließlich wurde der Beitritt zur EU wie auch zur NATO als Garant für die wiedergewonnene nationale Souveränität betrachtet. Am 1. Mai 2004 erfolgte die Aufnahme von acht ehemals kommunistisch beherrschten Staaten in die EU. Noch nie zuvor war Europa geeinter, demokratischer und zukunftsfröher als zu diesem Zeitpunkt.

Die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa ebneten den Weg zur Überwindung der europäischen Teilung. Bereits am 3. Oktober 1990 war Deutschlands Einheit im Einvernehmen mit seinen Nachbarn wiederhergestellt. Bald folgten Schritte hin zu einer europäischen Integration. Der Vereinbarung über eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion folgte 1992 der Vertrag von Maastricht, aufgrund dessen sich die Europäischen Gemeinschaften mittels einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Kooperation im Bereich Justiz und Inneres zu einer Europäischen Union entwickelten. Als Symbol für das Zusammenwachsen wurde ab 2002 der Euro als einheitliches Zahlungsmittel in zunächst zwölf europäischen Staaten eingeführt. In den 1990er Jahren drängten die postkommunistischen Staaten auf einen raschen Beitritt zur EU. Diese Forderung entsprach in jenen Ländern einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Menschen erhofften sich davon eine Teilhabe sowohl an der europäischen Kultur der Freiheit und Demokratie als auch am westlichen Wohlstand. Darüber hinaus galten die Anforderungen für den EU-Beitritt vielen als unverzichtbarer Reformmotor, damit die demokratische Transformation der eigenen Länder nicht ins Stocken geriete. Schließlich wurde der Beitritt zur EU wie auch zur NATO als Garant für die wiedergewonnene nationale Souveränität betrachtet. Am 1. Mai 2004 erfolgte die Aufnahme von acht ehemals kommunistisch beherrschten Staaten in die EU. Noch nie zuvor war Europa geeinter, demokratischer und zukunftsfröher als zu diesem Zeitpunkt.

Europa als Herausforderung

In dem vom Krieg verwüsteten Kontinent gewann die Vision eines geeinten Europas an Strahlkraft, das seinen Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Stabilität und Wohlstand garantieren würde. Die Erfahrung zweier Weltkriege und die neue Bedrohung durch den kommunistischen Block gaben ehemaligen Todfeinden die Kraft, seit den 1950er Jahren zunächst einen gemeinsamen Markt in Westeuropa zu schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war die französisch-deutsche Aussöhnung, die bewies, dass Feindbilder überwunden werden können. Die friedlichen Revolutionen gegen die kommunistischen Diktaturen verliehen der europäischen Idee neue visionäre Kraft, die mit der EU-Osterweiterung 2004 einen weiteren Höhepunkt erreichte. Das europäische Bewusstsein blieb gleichwohl hinter dem rasanten politischen und ökonomischen Integrations-

prozess zurück, der die EU über Nacht zum weltweit wichtigsten Binnenmarkt gemacht hatte. Nur mit Mühe fand die Europäische Union in die Rolle als Friedensmacht, nachdem es ihr in den 1990er Jahren nicht gelungen war, den Bürgerkrieg und die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien zu beenden. Und noch fehlt es ihr an Konzepten, um der wachsenden Europaskepsis zu begegnen, die von der aktuellen schweren Finanzkrise befeuert wird und neuem Nationalismus und Protektionismus Vorschub leistet.

Die Streiflichter, die diese Ausstellung auf die letzten 100 Jahre der Geschichte Europas wirft, sollen verdeutlichen, dass es zu einem geeinten und sozialen Europa keine Alternative gibt und dass – gemessen an den Abgründen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – alle Probleme der Gegenwart lösbar sind und gelöst werden müssen.



Europa bauen. Was hier symbolisch erfolgt, bedarf in der europäischen Realität beständig neuer Legitimation. Zwischen 2005 und 2011 sank die Zahl derjenigen Befragten, die in Deutschland die Aussage „Europa ist unsere Zukunft“ bejahen, von 62 auf 41 Prozent.

Foto: European Union, 2013

IMPRESSUM

DIE HERAUSGEBER

Das 1949 gegründete **Institut für Zeitgeschichte** mit Sitz in München und Berlin ist das einzige historische Institut in der Bundesrepublik, das die gesamte deutsche Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg mit starkem internationalen Akzent erforscht. www.ifz-muenchen.de | **Deutschlandradio Kultur** ist ein themen- und facettenreiches Kulturprogramm mit den Schwerpunkten Kultur und Musik. Das Programm bietet zahlreiche künstlerische Eigenproduktionen – Hörspiele, Features, Livekonzerte, Kinderfunk, aktuelle Berichte aus der Kulturszene und aktuelle Politik. www.deutschlandradiokultur.de | Die **Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Andreas Wirsching ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2012 erschien von ihm „Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit“. | **Dr. Petra Weber** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des Sozialismus, der Weimarer Republik und der beiden deutschen Staaten.

PROJEKTLEITUNG UND GESTALTUNG

Kurator der Ausstellung ist **Dr. Ulrich Mählert**, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der zugleich für die Bildrecherche verantwortlich war. | Die Ausstellungsgestaltung übernahm der Leipziger Historiker und Grafiker **Dr. Thomas Klemm**, der bereits mehrere zeithistorische Ausstellungen der Bundesstiftung Aufarbeitung gestaltet hat. www.thomasklemm.com

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Die Literatur zur deutschen und europäischen Zeitgeschichte ist unüberschaubar. Nachfolgende Leseempfehlungen laden dazu ein, sich vertiefend mit dem Thema der Ausstellung zu befassen: „Das Zeitalter der Extreme“ ist eine Begriffsprägung des 2012 verstorbenen britischen Historikers Eric Hobsbawm und zugleich Titel seiner 1995 erschienenen „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, die auch heute noch lesenswert ist (zuletzt dtv 1998). Der niederländische Journalist Geert Mak macht sich mit „In Europa“ auf „eine Reise durch das 20. Jahrhundert“ (Pantheon 2007), die Vergangenheit und Gegenwart auf beispielhafte Weise verknüpft. Wer sich näher mit der „Zeit der Weltkriege 1914–1945“ beschäftigen will, dem

sei Heinrich August Winklers „Geschichte des Westens“ (C. H. Beck 2011) empfohlen.

Die „Geschichte Europas“ nach 1945 hat der britische Historiker Tony Judt (Fischer 2009) vermessen, die Zeit seit 1990 der Ko-Autor der Ausstellung Andreas Wirsching in „Der Preis der Freiheit“ (C. H. Beck 2012).

Auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de/geschichte finden sich umfangliche Materialien und Publikationen zur europäischen Geschichte.

Ausführliche Informationen zur Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ sowie zu deren Bestellmöglichkeit finden sich unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ausstellung2014.

DANKSAGUNG

Die Herausgeber danken der Agentur dpa Picture-Alliance GmbH und dort Henning Schröder sowie Sebastian Knecht, die das Vorhaben durch entgegenkommende Konditionen und engagierte Recherchen in ihren zahlreichen europäischen Partnerarchiven möglich gemacht haben. Die Herausgeber konnten zudem die Bestände der Bildagentur bpk der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, des Bundesarchivs und des Bundespresseamtes uneingeschränkt für das Projekt nutzen und sind Hanns-Peter Frenz (bpk), Dr. Oliver Sander (BArch.) und Arvid Brunnemann (BPA) für diese Unterstützung sehr verbunden. Dem Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) ist es zu verdanken, dass die Ausstellung mit Audiodokumenten ergänzt werden konnte. Der besondere Dank der Herausgeber gilt der DAIMLER AG, die das Ausstellungsprojekt mit einer Spende unterstützt hat.

Last but not least sind die Herausgeber den Professoren Dr. Manfred Wilke, Dr. Wolfgang Benz, Dr. Peter Steinbach und Dr. Krzysztof Ruchniewicz sowie Dr. Jens Schöne dankbar, die das Konzept und / oder die Texte der Ausstellung durchgesehen und kritisch kommentiert haben.

BITTE BEACHTEN

Alle Fotos, Audiodokumente und Texte sowie die Gestaltung der Ausstellung sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechteinhaber reproduziert, verändert oder anderweitig verbreitet werden. Die Rechteinhaber der Fotos werden jeweils in den Bildlegenden benannt.

Sie haben Fragen zur oder Kritik an der Ausstellung? Oder haben wir – trotz all unserer Sorgfalt bei der Recherche und Lizenzierung der in der Ausstellung verwendeten Dokumente – Ihre Urheber- und / oder Verwertungsrechte nicht berücksichtigt? Bitte wenden Sie sich an Dr. Ulrich Mählert via ausstellung2014@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Folgen Sie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei Facebook,
www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung



Alle Audiodokumente, mit denen Deutschlandradio Kultur im Rahmen der Ausstellung zu einer akustischen Zeitreise durch das 20. Jahrhundert einlädt, finden Sie unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ausstellung2014-audio

www.auswaertiges-amt.de

www.deutschland.de

www.100-jahre-erster-weltkrieg.eu